

Erstellungs- und Betriebsemissionen von Gebäuden verursachen rund 40% des weltweiten CO₂-Ausstosses. Dieser Ausstoss kann vermindert werden, wenn Gebäude länger genutzt, Tragstrukturen erhalten, Bauteile wiederverwendet und zurückgebaute Baustoffe wieder dem jeweiligen Materialkreislauf zugeführt werden. Für die Klimabilanz und insbesondere die anzustrebende Klimaneutralität ist der gesamte CO₂-Ausstoss massgebend. Die Lebenszyklen von Gebäuden sind lang, zur Bekämpfung des Klimawandels sind hingegen rasch greifende Massnahmen notwendig. Dies bedingt auf den bereits vorhandenen Gebäudebestand zu fokussieren und nach innovativen sowie umsetzbaren Lösungen zu suchen.

Die noch junge Disziplin des Re-Use unterscheidet dabei verschiedene Ebenen, mit jeweiligen Potenzialen für die CO₂-Reduktion und den Erhalt von «Grauer Energie».

1. Gebäude: Weiter- und/oder Umnutzung des Gebäudes.
2. Tragstruktur: Für den Teilneubau eines Gebäudes wird die alte statische Tragstruktur erhalten.
3. Bauteile: Bauteile aus bestehenden Gebäuden werden für die Sanierung und/oder Neubau wiederverwendet.
4. Materialkreisläufe: Abbruchmaterial ist sortenrein zu trennen, so dass dies in die jeweiligen Stoffkreisläufe zurückfliessen kann. Bei Neubauten ist proaktiv auf die Trennbarkeit zu achten.

Der Aufbau einer Dokumentation im Sinne einer Inventarisierung vorhandener Bauteile sowie verwendeter Materialien ist dabei ein wichtiger methodischer Bestandteil (bspw. Urban Mining-Ansatz der Stadt Wien, ein Materialpass oder ein Madaster). Erste umgesetzte Projekte zeigen, dass sich mit einem hohen Wiederverwendungsanteil bei der Sanierung und Erstellung von Gebäuden bis zur Hälfte der CO₂-Emissionen gegenüber konventioneller Bauweise einsparen lassen. Re-Use von Bauteilen und Materialkreisläufe aus Sekundärrohstoffen haben in der Planung sowie der Bauwirtschaft immer noch einen Pioniercharakter. Damit eine Hebelwirkung bezüglich Klimanutzen erreicht und ausserdem der Einsatz von gebrauchten Bauteilen und Sekundärrohstoffen auch wirtschaftlich wird, ist ein starker Ausbau und eine Standardisierung von Baustoffkreisläufen notwendig.

Alleine die planerischen und baulichen Aktivitäten des Kantons Basel-Stadt könnten bereits ein signifikantes klimanützlich und emissionseinsparendes Potenzial haben. Darüber hinaus hat ein proaktives Handeln im Bereich des nachhaltigen Bauens eine Signalwirkung, sensibilisiert, trägt zur Experimentierfreude bei und stärkt den innovativen Architekturstandort Basel.

Wenn Bauteil- und Materialkreisläufe rege genutzt werden, wird die Verfügbarkeit von Bauteilen und Sekundärrohstoffen verbessert und die Kosten gesenkt. Dazu könnten bei Planungen und baulichen Massnahmen an bestehenden Gebäuden Bauteilinventare und Materialpässe erstellt werden. Dies sind wichtige Voraussetzungen für ein funktionierendes Re-Use und die Kreislaufwirtschaft. Bei Neubauten kann die zukünftige Wiederverwendung von Bauteilen und -verwertung von Materialien von Anfang an mitgeplant und dokumentiert werden.

Der Kanton kann in eigenen Projekten eine Vorbildfunktion einnehmen und verbindliche Projektziele bezüglich der Einsparung von CO₂ festlegen.

Im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtungsweise soll auch die «Graue Energie» bei Infrastrukturen mitberücksichtigt werden. Dabei geht es um alle vom Gemeinwesen und privaten erstellten Bauteile im öffentlichen Dienst. Eine kurze und nicht abschliessende Aufzählung zeigt, wo überall Infrastrukturen vorhanden sind: Es beginnt unter dem Boden mit den Wasser-, Fernwärme-, Strom- sowie Netzwerkleitungen. Es geht weiter mit den Strassenbelägen, den in den Strassen verbauten Tramschienen und Absatzsteinen und endet bei Brücken, Strassensignalisation, Billettautomaten, Fahrwerksleitung.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welchen Stellenwert räumt der Kanton Basel-Stadt dem Thema Re-Use und der Wiederverwendbarkeit von Materialien und Bauteilen in der baulichen Weiterentwicklung der Gebäude und Infrastrukturen ein?
2. Wie gedenkt der Kanton Basel-Stadt das Potenzial von Re-Use und der Wiederverwendbarkeit von Materialien und Bauteilen zu fördern und voranzutreiben?
3. In welchen eigenen Gebäuden und Infrastrukturen des Kantons, der IBS und jenen der ausgelagerten Betriebe wird bereits mit gebrauchten Bauteilen gebaut und wieviel CO₂ und Abfall- resp. Deponievolumen wird damit eingespart?
4. Hat der Kanton Basel-Stadt eine Übersicht über potenziell wiederzuverwendende Bauteile in den eigenen Gebäuden und jenen der ausgelagerten Betriebe?
5. Ist der Kanton bereit, bei den geplanten, den bestehenden und insbesondere bei älteren oder von baldigen Sanierungen betroffenen Gebäuden eine Inventarisierung der noch länger nutzbaren Bauteile zu machen und diese standardmässig neuen Nutzungen zuzuführen (bspw. Urban Mining Ansatz der Stadt Wien)?
6. Hat der Kanton Basel-Stadt eine Übersicht oder Schätzung über «Graue Energien» in von ihm verbauten Bauteilen für die Infrastruktur? Dazu gehören die Energie-Werte für die wichtigsten Bauteile der oben genannten Infrastrukturen.
7. Wenn nein, wäre es technisch möglich, diese Werte in den Beschaffungstools zu hinterlegen und damit eine Übersicht zu gewinnen?

8. Wie berücksichtigt der Kanton Basel-Stadt bei der Planung seiner Bauten und jener der ausgelagerten Betriebe und der Pensionskasse sowie bei seinen Infrastrukturprojekten eine umfassende CO2-Bilanz (Erstellungs- und Betriebsemissionen) über den gesamten Lebenszyklus und inwiefern sind diese zeitlich auf die Klimaziele abgestimmt?
9. Achtet der Kanton Basel-Stadt bei eigenen Gebäuden und jenen der ausgelagerten Betriebe auf eine erhöhte Robustheit von Tragwerk und Gebäudestruktur?
10. Stellt der Kanton Basel-Stadt in der Planung die Weiter- und/oder Umnutzung einer bestehenden Gebäudestruktur in einer ökonomischen und ökologischen einem potenziellen Ersatzneubau gegenüber?
11. Bevorzugt der Kanton Basel-Stadt bei Neubauten modulare, adaptierbare, unterhaltsarme, reparierbare und flächeneffiziente Bausysteme, damit das Potenzial für eine zukünftige Weiter- und /oder Umnutzung erhöht wird?
12. Berücksichtigt der Kanton Basel-Stadt bei Sanierungen und Neubauten Sekundärrohstoffe und regionale nachhaltige Baustoffe und wenn ja, in welchem Masse?
13. Kann sich der Kanton Basel-Stadt vorstellen, einen geeigneten Materialpass für seine Neubauten und für Projekte auf den Transformationsarealen einzuführen?
14. Ist der Kanton bereit, selbst oder in Zusammenarbeit mit Dritten die Abläufe für die Wiederverwendung von Bauteilen zu erproben und Best Practice-Ansätze zu entwickeln und umzusetzen?
15. Befasst sich die regionale „Task Force Baustoffkreislauf Region Basel“ mit den obgenannten Thematiken?

Alexandra Dill